



+++ Europawahl +++ Mauterhöhung +++ EU-Gebäuderichtlinie bringt Sanierungspflichten +++ Bedeutung des Hamburger Hafens +++ Folgen der Energiepolitik +++ Kritik am Klimaurteil +++



Auf ein Wort

Liebe Mitglieder und Freunde
des Billbrookkreises, liebe
Leserinnen und Leser,

die deutsche Wirtschaft läuft nicht mehr richtig, auch die Hamburger betrifft es. Vom Beginn einer Rezession wird schon gesprochen. Die Arbeitslosenzahlen steigen, ein wichtiges Indiz. Nach Umfragen denkt mehr als jeder fünfte mittelständische Unternehmer darüber nach, ins Ausland zu expandieren. Alarmierender ist aber, dass jeder vierte Unternehmer eine Geschäftsaufgabe in Betracht zieht. Gründe dafür sind unter anderem die Energiepolitik und überbordende Bürokratie. Sie belasten Unternehmen mit vielen Regelungen und Verordnungen. Diese wiederum binden Personalressourcen, die besser in produktive Prozesse eingesetzt werden könnten. Der Nutzen oftmals nicht erkennbar, die Kosten aber steigen dadurch enorm. Erschreckend dazu ist, eine Berliner Regierungsfraktion fordert nun von Brüssel „mehr Mut zur Regulierung“. Es sei nicht mehr zeitgemäß, dass Bürger sich informieren und selbst Entscheidungen treffen! Der Regulierungs- und Verbotswahnsinn wird immer größer und keiner hält ihn auf. Seit Jahren wurde darüber geredet, die Bürokratie abzubauen. Leider passiert nicht viel – die Aufbewahrungspflicht für Dokumente von zehn auf acht Jahre zu reduzieren, ziemlich schwach. Eine Entschlackung der Energiegesetzgebung ist dringend erforderlich, Absenkung der hohen Baustandards und weniger Möglichkeiten der Einspruchsklagen würden helfen. Beispiel die Fehmarnbeltquerung: Planvorlauf rund 20 Jahre! Deutsche Einsprüche 12.600, dänische 43. Bei alldem gilt der Hamburger Wahlspruch: Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten.

Beim Lesen des neuen billbrookkers wünsche ich Ihnen viel Freude.

Herzlichst Ihr

Bernhard Jurasch



Professor Fritz Vahrenholt setzt sich mit der aktuellen Energiekrise auseinander.
Foto: Vahrenholt

Stromkosten in die Höhe getrieben

Professor Fritz Vahrenholt, Politiker, ehemaliger Hamburger Umweltsenator, Experte für erneuerbare Energien und Buchautor, äußert sich in diesem Bericht zur aktuellen Entwicklung der Energiekrise in Deutschland.

CO2-Kosten prägen die Strompreise

Die Strompreisexplosion der Jahre 2021 bis 2023 ist im Wesentlichen Folge der

verfehlten Energiepolitik. Sie ist vor allem auf die massiv gestiegenen CO2-Kosten und auf die Stilllegung von sechs Kernkraftwerken zurückzuführen.

Minister Robert Habeck versuchte, die Ursache Russland zuzuschreiben. Die Strompreise vervierfachten sich aber bereits 2021 – wohlgernekt lange Zeit vor dem russischen Einmarsch.

Fortsetzung auf Seite 2

Hamburger Hafen: Die Bedeutung eines Standortes



Der Hamburger Hafen ist einer der größten Arbeitgeber der Stadt.

Foto: Mara Saueracker

Der Hamburger Hafen ist das Herz der Stadt, ist Drehpunkt der Wirtschaftskraft der Hanse-

stadt und bietet über eine halbe Million Arbeitsplätze bundesweit. Laut einer Untersuchung der HPA arbeiten im Hamburger Hafen etwa 124.000 Beschäftigte. Bundesweit sichert der Hafen aber gleich ganze 600.000 Arbeitsplätze. Das generiert ein Steueraufkommen von etwa 2,6 Milliarden Euro, die Wertschöpfung daraus beträgt etwa 9,6 Milliarden Euro.

Fortsetzung auf Seite 6

Europawahl 2024: „Quo vadis Europa“

Am 9. Juni dieses Jahres finden in den Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaft Wahlen zum Europaparlament statt. Zur Wahl gehen bedeutet dabei auch gleichzeitig mitzuentcheiden, wo die Reise hingeht.

Ein Sieg der Rechtspopulisten wird dabei als Schreckensszenario vorausgesagt und von einem Riss gesprochen, der durch Europa geht. Als Antwort werden grundlegende Reformen der EU verlangt. Andere fordern die Schaffung



Im Juni 2024 wählt Europa sein neues Parlament.

Foto: katarzyna / Adobe Stock

der Vereinigten Staaten von Europa und feiern bereits den Abgang des Nationalstaates.

Fortsetzung auf Seite 8

In dieser Ausgabe

Stromkosten in die Höhe getrieben	1 + 2
Hamburger Hafen:	
Die Bedeutung eines Standortes ...	1 + 6
Europawahl 2024:	
„Quo vadis Europa“	1 + 8
Kritik am Klimabeschluss des	

Bundesverfassungsgerichts	5
Interview: „Eine Perle wieder aufpolieren“	7
Die EU-Gebäuderichtlinie – Sanierungspflichten einhalten	9
Interview: In die Infrastruktur investieren	10

Die Mauterhöhung und ihre Konsequenzen	12
Die Bedeutung von PVO-Prüfungen	13
Auf einen Blick	14
Revitalisierung des Industriegebiets:	
Quartiersmanagement unterstützt	15
Genügend Geld im Alter	16

25 Jahre Qualität



FAHRZEUGREIN DABELSTEIN
fahrzeugrein.de

Stromkosten in die Höhe getrieben

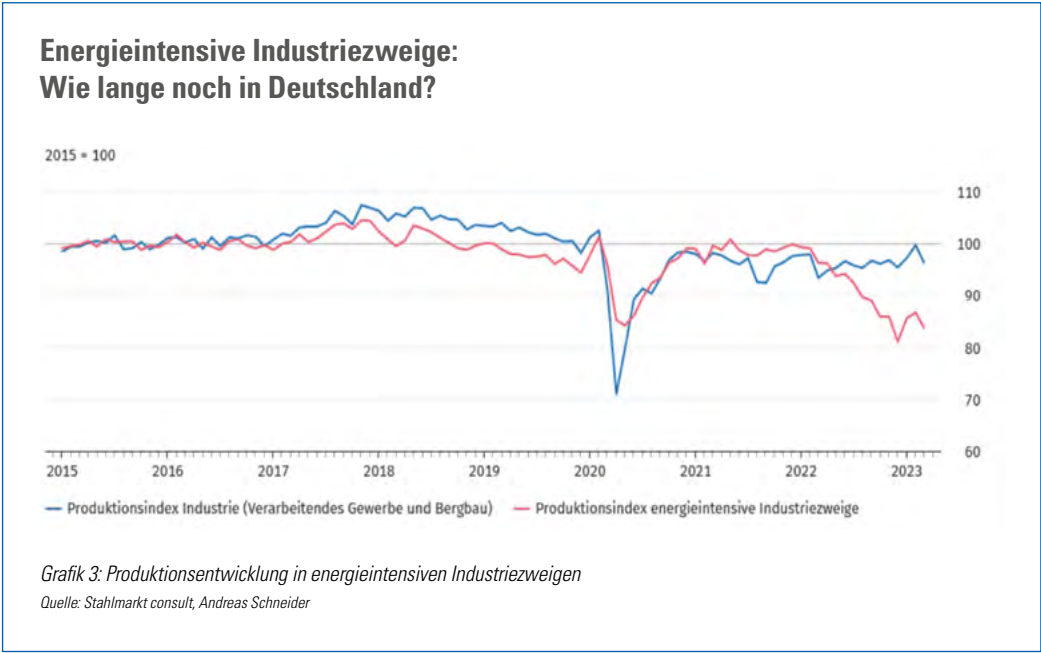
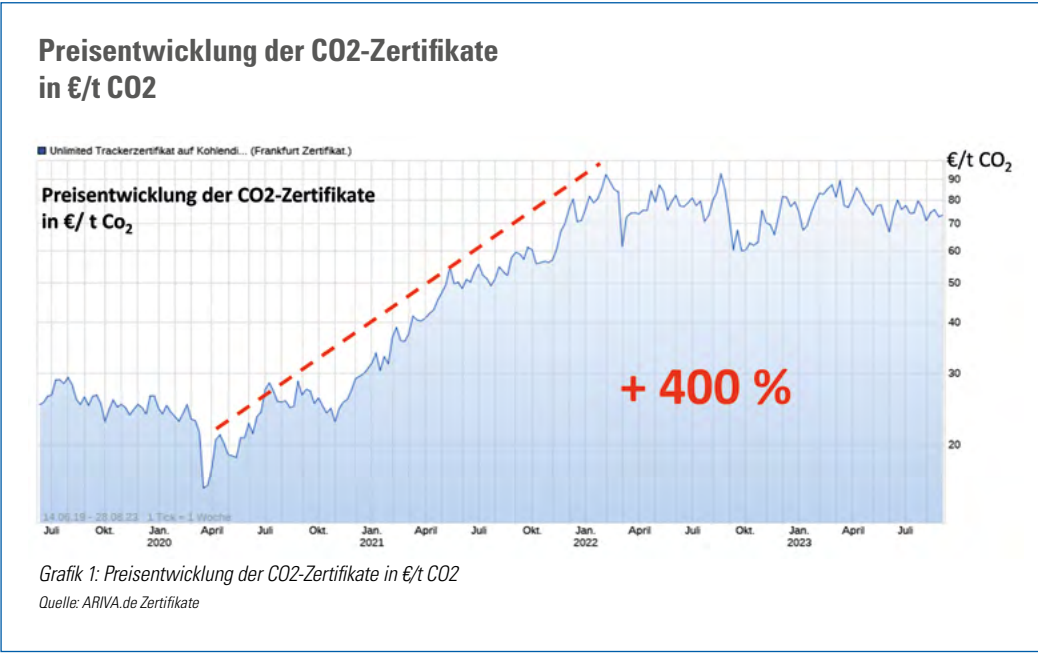
Fortsetzung von Seite 1

Und dieser Anstieg ist maßgeblich von den steigenden CO2-Zertifikatspreisen geprägt. 2021 verknappte nämlich die EU-Kommission die Anzahl der CO2-Zertifikate und machte sie dadurch

teurer, obwohl die sich von der Pandemie erholende Wirtschaft wieder mehr Strom benötigte und demzufolge auch mehr CO2-Zertifikate nachfragte.

Die Folge der gestiegenen Strompreise war das Zurückfahren der Produktion in der energieintensiven Industrie, bei Stahl, Aluminium,

Papier, Düngemittel, Glas. Teilweise wurden auch Produktionen endgültig stillgelegt und verlagert.

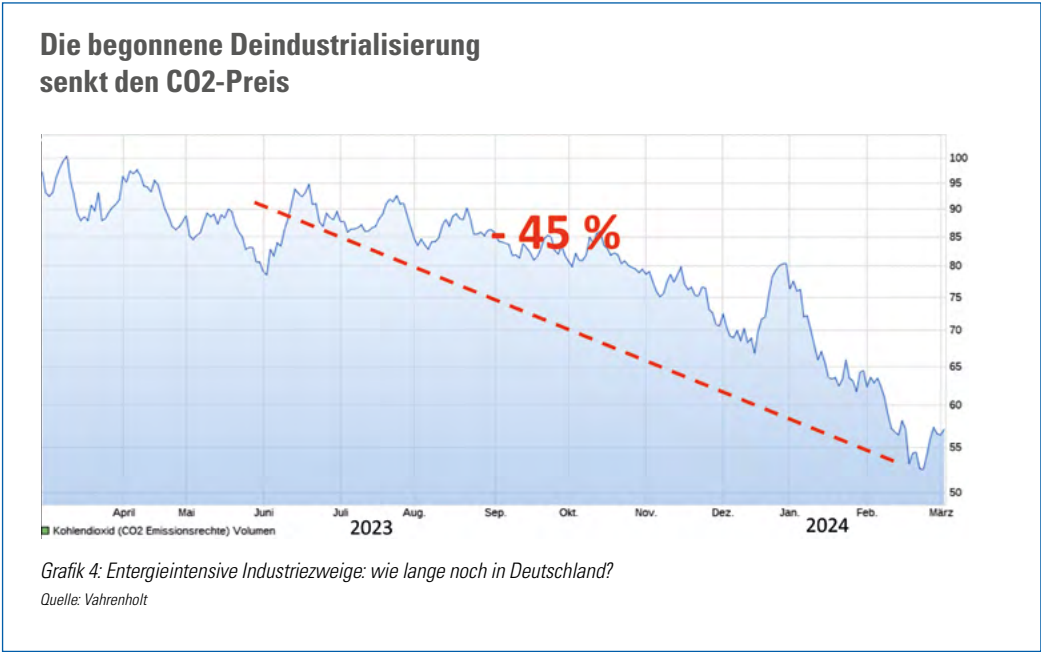
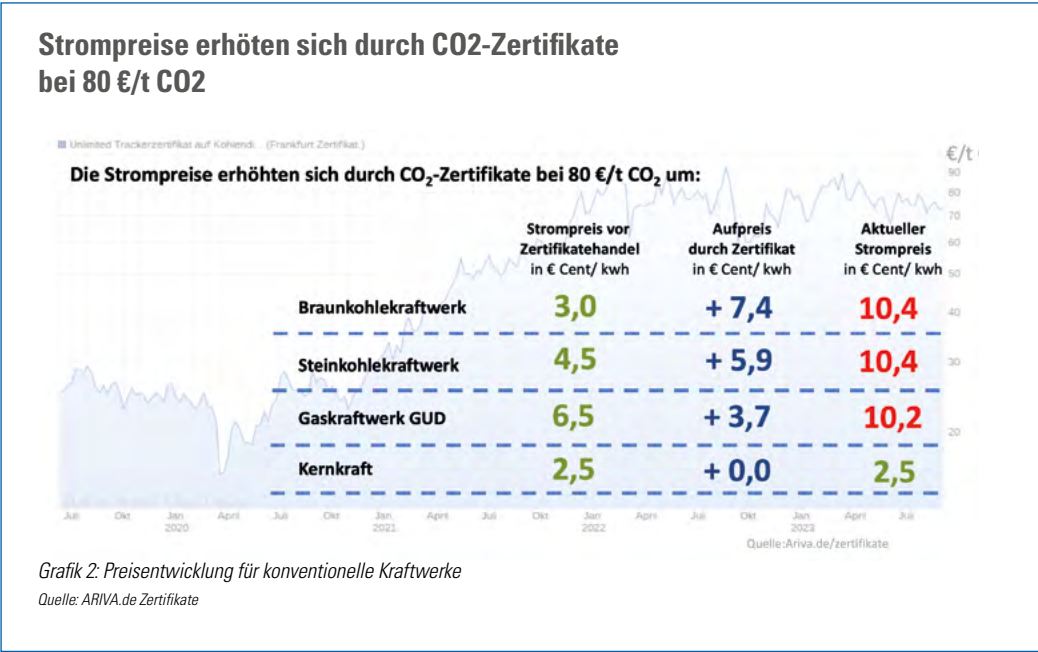


Die Folgen für die Erzeugungskosten waren dramatisch: Der Braunkohlestrom stieg auf das Dreifache, die Gaststromkosten verdoppelten sich. Die CO2-Preise ließen die Erzeugungskosten der einzelnen Kraftwerksarten nach oben schnellen (siehe nachstehende Grafik). Bei dem Kostenver-

gleich der Kraftwerke springt die mit Abstand günstigste Erzeugungsform der bis zum 15. April 2023 betriebenen Kernkraftwerke ins Auge, die keine CO2-Zertifikate zu bezahlen haben. Ausgerechnet diese Kraftwerke wurden stillgelegt.

Seit einigen Monaten sinken nun die CO2-Kosten und damit die Strompreise wieder. Aber die Ursache ist fatal. Die Nachfrage nach Strom sinkt auf Grund des Rückgangs des Stromverbrauchs der energieintensiven Industrie. Damit sinkt auch die Nachfrage nach CO2-Zertifikaten: Der Strompreis gibt nach. Und mit dieser Deindustrialisierung ging

der CO2-Ausstoß, aber auch der Strombedarf und damit die Nachfrage nach CO2-Zertifikaten zurück. Die gute Nachricht: Der CO2-Ausstoß Deutschlands ging von 762 Millionen Tonnen CO2 in 2021 auf 673 Millionen Tonnen in 2023 zurück. Die schlechte Nachricht: Dies wurde erkaufte durch eine teilweise Zerstörung des Wirtschaftsstandort Deutschlands.





im
BiB
Bauen im Bestand
Hamburg

BiB Bauen im Bestand GmbH

Betoninstandsetzung | Abdichtung | Oberflächenschutzsysteme | Gussasphalt

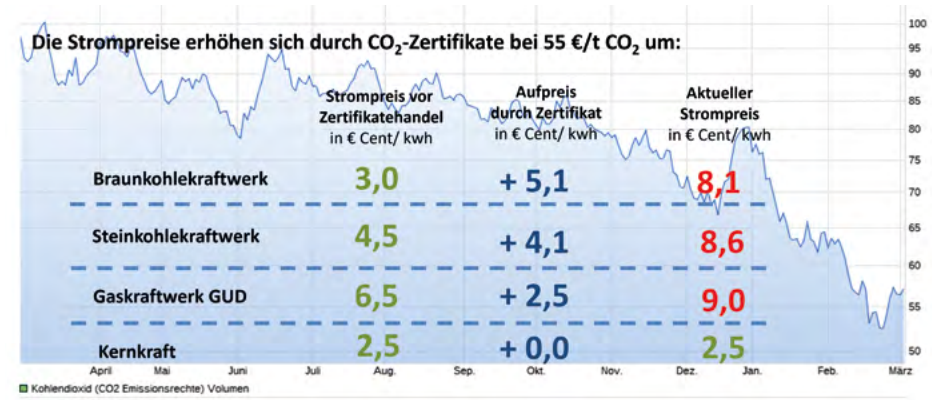
Bauwerke brauchen eine Zukunft...
Wir sanieren für Sie und sichern den Bestand.
Gemeinsam finden wir die wirtschaftlichste Lösung.
Wir beraten Sie gerne.

Fon (040) 485 09 79-0
Fax (040) 485 09 79-61
Halskestraße 60 – 62
22113 Hamburg

Tatsächlich fahren 2024 einige Produzenten ihre Produktion auf Grund der gesunkenen Strompreise wieder hoch. Doch sollte dadurch die Nachfrage

nach Strom und CO2-Zertifikaten wieder steigen, wäre das nur ein Strohfeuer und die Strompreise ziehen wieder massiv an.

Die Strompreise geben nach auf Grund geringerer Stromnachfrage und daher sinkender CO2-Zertifikate



Grafik 5: Preisentwicklung für konventionelle Kraftwerke
Quelle: Vahrenholt

Was Deutschland benötigt, um wettbewerbsfähige Strompreise zu erreichen, ist eine Erhöhung des Angebots (etwa durch Reaktivierung der letzten Kernkraftwerke sowie eine durchgreifende Senkung der CO2-Kosten durch Anwendung der CO2-Abscheidetechnik CCS bei Kohle- und Gaskraftwerken). Windkraftwerke in Bayern und Baden-Württemberg jedenfalls gehören nicht zum Lösungsangebot. Denn diese benötigen dort eine Einspeisevergütung von 10 bis 11 Eurocent pro Kilowattstunde (€ct/kwh). Weil sie mit der garantierten Einspeisevergütung von 7,35 €ct/kwh auf Grund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes dort nicht wirtschaftlich betrieben werden können, hat die Bundesregierung die Einspeisevergütung für windschwache Standorte in Bayern und Baden-Württemberg um bis zu 3,5 €ct/kwh erhöht. Die Mehrkosten für die Förderung unwirtschaftlicher Standorte im windschwachen Süden zahlen alle Steuerzahler.

Auf diesem Strompreinsniveau von 10 bis 11 €ct/kwh für bayrische Windkraftanlagen ist das Aus der Industrie vorprogrammiert, insbesondere wenn die massiv steigenden Systemkosten der erneuerbaren Energien durch Leitungsbau und Backup-Kosten einbezogen werden.

Den Krieg gegen die Kohle beenden

Bislang war die Abscheidung und Verpressung von CO2 in tiefen Gesteinen in Deutschland verboten. Nun soll es also doch CO2-Abscheidungen aus Abgasen, Transport von CO2 durch Pipelines und die Tiefenverpressung von CO2 auch in Deutschland geben.

Allerdings soll diese Technik nach den Plänen der Ampel-Koalition nur für nicht vermeidbare Abgase aus Zementwerken und Müllverbrennungsanlagen angewandt werden. Der Elefant steht nach wie

vor im Raum: Der Verzicht auf die russischen Erdgasimporte, die Stilllegung der letzten Kernkraftwerke hat es unabweisbar gemacht, dass Kohlekraftwerke in Deutschland weit über 2030 hinaus betrieben werden müssen, wenn nicht die Stromversorgung in Deutschland zusammenbrechen soll. Daher müsste eine verantwortungswusste Energiepolitik dafür sorgen, dass die CO2-Abscheidung vor allen Dingen bei Kohle- und Gaskraftwerken zum Einsatz kommen, damit deren Weiterbetrieb gewährleistet werden kann. Davor drückt sich die Bundesregierung und verbreitet stattdessen weiter das Märchen, man könne in Deutschland die Sicherheit der Stromversorgung mit Gaskraftwerken betreiben, die später zu Wasserstoffkraftwerken umgerüstet werden sollen. Wasserstoffkraftwerke werden aber den Strompreis verdrei- bis vervierfachen und damit das Ende von industrieller Produktion und des Wohlstands in Deutschland besiegeln.

Es ist schon als Politikversagen zu kennzeichnen, wenn eine Bundesregierung erst zwei Jahre nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine die Technologie der CO2-Abscheidung, die der Weltklimarat IPCC seit Jahren fordert, in Deutschland wieder ermöglicht.

Es gilt bislang das Verbot der CO2-Abscheidung (CCS) in Deutschland seit 2012. RWE hatte im Jahre 2009 (ich war damals Geschäftsführer der RWE für Erneuerbare Energien) eine voll funktionsfähige Pilotanlage zur Abscheidung von CO2 in einem Teilstrom des Braunkohlekraftwerks in Niederaussem errichtet. Und sie läuft immer noch erfolgreich.

Die Entwicklung von RWE, BASF und Linde ist mittlerweile als Stand der Technik anzusehen: Die Abscheidung von über 90 Prozent des CO2 aus einem Teilstrom des Abgases ist auf Dauer nachgewiesen, die Kosten belaufen sich auf sagenhafte 30 Cent pro Tonne CO2 (P. Moser, G. Wiechers, S. Schmidt, K. Stahl, G. Vorberg, T. Stoffregen, VGB Powertech 1/2, 2018, S.43).



Professor Dr. Fritz Vahrenholt.
Foto: Guenther Schwing

Zur Person

Professor Dr. Fritz Vahrenholt (74), deutscher Politiker, Chemiker, Buchautor und Hochschullehrer an der Hamburger Universität, war von 1991 bis 1997 Senator der Hamburger Umweltbehörde und Vorsitzender des Aufsichtsrates der HEW. Danach ging er als Vorstand in Unternehmen der Erneuerbaren-Energien-Branche und wurde 1998 zum Honorarprofessor im Bereich Chemie der Universität Hamburg ernannt. Von 2012 bis 2019 war Vahrenholt Alleinvorstand der Deutschen Wildtier Stiftung. Prof. Dr. Fritz Vahrenholt ist Aufsichtsratsvorsitzender der Aurubis AG, des größten europäischen Kupferherstellers, und Aufsichtsrat der Encavis AG, eines der größten Investoren in erneuerbaren Energien. In mehreren Buchveröffentlichungen widmet sich Prof. Dr. Vahrenholt der Klimakrise.



PSA-Aufbereitung – ein Thema für uns

Nach dem Einsatz kommen wir zum Einsatz!

Die fachgerechte Aufbereitung der persönlichen Ausrüstungen schützt die Gesundheit von Mitarbeitenden und Kameraden beim nächsten Einsatz.

Dr. Weigert bietet die passenden Produkte für die sichere Aufbereitung.

Hygienekonzepte – Qualitätsprodukte – Beratung.

Wir sichern Zukunft!

Chemische Fabrik Dr. Weigert GmbH & Co. KG
Mühlentagen 85 · D-20539 Hamburg

Telefon: (0)40/ 789 60 - 0
Telefax: (0)40/ 789 60 - 120

e-mail: info@drweigert.de
internet: www.drweigert.de



Braunkohlekraftwerk in Niederaussem.
Foto: BASF OASE blue

Der Wirkungsgradverlust beträgt weniger als 10 Prozent. Die Technik könnte die Emission und die CO2-Kosten von Braunkohlestrom massiv reduzieren (30 €/t CO2 anstatt 80 bis 100 €/t CO2-Zertifikate). Das abgeschiedene CO2 aus Niederaussem ist übrigens so rein, dass es in der Getränkeindustrie für Sprudelflaschen eingesetzt wird.

Habeck und die Grünen möchten CCS auf Zementwerke und Müllverbrennungsanlagen begrenzen. Die Grünen sind Gefangene ihrer eigenen ideologischen Denkverbote. Maßgeblicher Drahtzieher des CCS-Verbots in Deutschland war der damalige schleswig-holsteinische Energiewendeminister

Robert Habeck: „Wir wollen kein CCS als Reinwasch-Technologie für die klimaschädliche Kohleverbrennung.“ Die Ampel-Koalition schaltet also lieber Kohlekraftwerke ab und treibt die Deindustrialisierung des Landes voran. Eine ausführliche Darstellung der Technologie und der Kräfte, die sie in Deutschland verhindert haben, findet sich in meinem Buch „Die große Energiekrise“, S.83-97.

Die Abbildung zeigt die noch operierende CO2-Abscheidung des Braunkohlekraftwerks Niederaussem, das 2030 stillgelegt werden soll, wenn es nach Wirtschaftsminister Habeck, dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wüst und dem RWE-Vorstandsvorsitzenden Krebber geht.

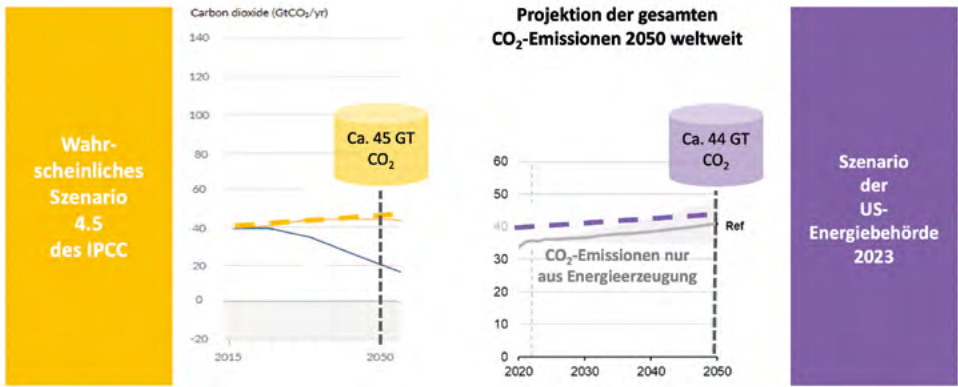
US-Energiebehörde: Bis 2050 kein Rückgang der CO2-Emissionen weltweit

Die Ampel-Politik, die die deutschen CO2-Emissionen in wenigen Jahren auf Kosten unserer Industrie und damit unseres Wohlstandes auf null fahren will, wird umso unverständlicher, wenn man liest, was gerade eine US-amerikanische Regierungsbehörde, die U.S. Energy Information Administration (EIA) veröffentlicht hat. Sie hat eine Projektion der globalen CO2-Emissionen bis 2050 vorgenommen und resümiert: „Wir prognostizieren, dass die globalen energiebezogenen CO2-Emissionen aus dem Ver-

brauch von Kohle, flüssigen Brennstoffen und Erdgas in den nächsten 30 Jahren in den meisten Fällen, die wir analysiert haben, zunehmen werden.“

Die Welt wird also noch in 2050 CO2 in leicht gestiegener Höhe emittieren, so sagt es uns eine Behörde der demokratischen Biden-Regierung (!). Doch unsere Regierung setzt unbeirrbar weiter, koste es, was es wolle, auf CO2-Minderung durch erneuerbare Energien auf null CO2, auch wenn es unbezahlbar wird und weltweit der CO2-Ausstoß nicht zurückgeht, selbst wenn dabei Industrie und Wohlstand verloren gehen.

Bis 2050 kein CO2-Rückgang weltweit



Grafik 6: US-Regierung bestätigt: Bis 2025 kein CO2-Rückgang weltweit
Quelle: International Energy Outlook 2023

ZWEI:P

PERSONALENTWICKLUNG
DURCH BILDUNGSFÖRDERUNG

Fachkräftemangel ?
Beschäftigte weiterbilden !

WEITERBILDUNGS
BONUS

WB

- Identifikation von Bildungsbedarfen
- Passgenaue Weiterbildungen für Beschäftigte
- Fördermittelberatung und Förderung
- Begleitung digitaler Transformationsprozesse
- Entwicklung von Qualifizierungsstrategien
- Kooperationen mit Akteuren auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt

Das Projekt Weiterbildungsbonus PLUS wird von der Europäischen Union und der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert.

Finanziert von der
EUROPÄISCHEN UNION

Hamburg

Zwei P (zwei P PLAN:PERSONAL gGmbH) • Mühlendamm 61 • 22087 Hamburg
Telefon 040 / 334 63 21 - 11 • zwei-p.org

Beschäftigte qualifizieren – Kompetenzen stärken!

Der Mangel an Fachkräften ist in Zeiten der wirtschaftlichen Transformation eine der größten Herausforderungen für Betriebe aller Branchen. Hilfreich ist es, in den eigenen Reihen zu schauen, ob nicht vorhandene Kompetenzen bei Mitarbeitenden (gerade auch geringqualifizierte) verbessert und für neue Aufgaben aktiviert werden können. Im Zuge der Hamburger Fachkräfte- und Weiterbildungsstrategie werden die Pfosten gesetzt. Bildungszeiten und Teilhabe an beruflicher Weiterbildung sollten genutzt werden.

Zielführend sind Bildungskonzepte, die auf die individuellen Bedarfe der Mitarbeitenden und der betrieblichen Abläufe ausgelegt sind. Das muss organisiert werden und stellt eine Herausforderung dar. Zur Bewältigung dieser Aufgabe kann auf die Förderungen des Hamburger Weiterbildungsbonus PLUS zurückgegriffen werden. Dabei werden nicht nur die Fortbildungen finanziell gefördert, sondern es wird auch aktiv bei der Qualifizierungsplanung unterstützt: Bildungsbedarfe ermitteln, Fortbildungsformate passend machen und im Rahmen der betrieblichen Abläufe organisieren.

Sämtliche Beratungsleistungen sind für die Unternehmen im Rahmen des EU-geförderten Projektes Hamburger Weiterbildungsbonus PLUS kostenfrei.

Über den Weiterbildungsbonus PLUS werden in der Regel alle beruflichen Weiterbildungen und Qualifizierungen, etwa IT-Kurse zur Lohn- und Gehaltsabrechnung oder Elektrofachkraft für festgelegte Tätigkeiten (EFT), gefördert. Zielgruppen sind aber auch Wiedereinsteiger, zum Beispiel nach Elternzeit oder Krankheit, Menschen, die aufstockende Leistungen beziehen, oder Rentner, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen.

Ebenso gibt es kaum Einschränkungen bei den Ausbildungsanbietern und auch Inhouse-Schulungen sind möglich. Ein einfaches Handling durch eine digitale Antragsstellung und eine persönliche und kostenlose Beratung soll es den Entscheidern und Beschäftigten so einfach wie möglich machen, sich für eine Weiterbildung zu entscheiden.
www.weiterbildungsbonus.net

ServiceLine: 040 / 334 63 21-11
(Mo, Di, Do 9 – 12 Uhr und 13 – 16 Uhr /
Fr 9 – 12 Uhr)



Kritik am Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts

Das Gericht verkündete 2021 einen weitreichenden Beschluss zum Thema Klimaschutz. In weiten Teilen der öffentlichen Meinung wurde der Beschluss des Ersten Senats als „bahnbrechend“, als „die wohl bedeutendste Umweltschutz-Entscheidung in der Geschichte der Bundesrepublik“ gelobt. Die „Klimakleber“ stützen sich zur Rechtfertigung ihrer teilweise strafbaren Handlungen auf diesen Beschluss. Kritik an der Entscheidung wahr kaum wahrzunehmen. Prof. Fritz Vahrenholt hat in seinem Buch „Unanfechtbar?“ die Entscheidung einer umfassenden Kritik unterzogen und weist den Karlsruher Richtern folgenschwere Fehler nach.

Kernbereich des Beschlusses ist die Berechnung des bis 2030 noch zur Verfügung stehenden CO2-Budgets, an dem das Gericht Handlungsbedarf für den Gesetzgeber ableitet. Das Gericht geht bis zur Erreichung der „Klimaneutralität“ von einem Restbudget von 6,7 Gigatonnen aus, obwohl selbst der Weltklimarat IPCC unterschiedliche Restbudgets errechnet hat. Bis 2030 sei der größte Teil des Restbudgets verbraucht. Ist das Budget verbraucht, dürfe kein CO2 mehr emittiert werden. Der Staat müsse Verhaltensweisen, die mit der Emission verbunden sind, erschweren oder ganz verbieten. Nimmt man den Beschluss ernst, müsste ab 2030 nahezu jede wirtschaftliche Tätigkeit in Deutschland eingestellt werden. Eine irre Vorstellung.

Das Gericht unterstellt einen annähernd linearen Zusammenhang zwischen Gesamtmenge der CO2-Emissionen und der globalen Temperaturerhöhung, obwohl wissenschaftlich unstrittig ist, das Pflanzen und Ozeane riesige CO2-Senken sind, die das CO2 zur Hälfte binden können. „Netto-Null-CO2-Emissionen“ seien nicht gefordert, so der Experimentalphysiker Gerd Ganteför im „Südkurier“, 14. Mai 2022.

Auch bleiben Rückkopplungseffekte, wie Wolken, die selbst das IPPC in seinem Bericht anführt, unberücksichtigt. Unkritisch werden die „Schellhuberschen Kipp-Punkte“ im Klimasystem übernommen, obwohl bereits im 5. Klimazustandsbericht des IPCC die meisten Kippunkte als sehr unwahrscheinlich dargestellt werden. Alternativen wie die Kohlenstoffsequestrierung (CCS) werden als schwer realisierbar und wirtschaftlich unrentabel dargestellt, obwohl das Verfahren in der Praxis eingeführt ist.

Das Gericht setzt international auf die deutsche Vorbildfunktion. Dass diese ins Leere läuft, wenn andere Staaten nichts oder wenig tun, ist für das Gericht ohne Belang. Zutreffend führt der deutsche Staatsrechtler Dietrich Murswiek in der „Festschrift für Dieter Dörr“ aus, „dass Artikel 20a GG deutsche Staatsorgane nicht dazu verpflichtet, Wirtschaft, Steuerzahler und Verbraucher gigantische Kraftanstrengungen und Kosten aufzuerlegen, wenn die Erderwärmung nicht aufgehalten werden kann und sich nicht einmal spürbar verlangsamt.“

Der Beschluss wird im Hinblick auf die Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland, die eine ungezügelte und unbedachte Energiewende ausgelöst hat, nicht gerecht. Die Deindustrialisierung droht. Immobilienbesitzer spüren schon heute die wirtschaftlichen Auswirkungen, die zu einer faktischen Enteignung und damit Verletzung des in Art. 14 GG geschützten Eigentums führen. Eine Abwägung der widerstreitenden Grundrechte ist dem Beschluss nicht zu entnehmen. Kritisch ist anzumerken, dass die damalige Berichterstatlerin des Gerichts mit einem kommunalen Spitzenpolitiker der Grünen in Frankfurt/Main verheiratet ist und dies nicht offengelegt hat. Angesichts der massiven Fehler und Einseitigkeit drängt sich der Verdacht der Befangenheit auf. Der Beschluss trägt nicht dazu bei, das Vertrauen in die Unabhängigkeit des Gerichts zu stärken. In einer Zeit, in der das Gericht zunehmend mit komplexen gesellschaftspolitischen Fragen beschäftigt wird, darf der gute Ruf des Gerichts, den es sich über Jahrzehnte in der öffentlichen Meinung erworben hat, nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. db



IHR ZUVERLÄSSIGER WINTERDIENST

Unsere Leistungen
Wir sind Ihr Partner für Schnee- & Glättebeseitigung bei Flächen jeder Größe. Durch den Einsatz verschiedener Reinigungsarten und Streumittel passen wir uns Ihren Gegebenheiten an.

Abrechnungsarten
Wählen Sie zwischen einer Abrechnung nach geleisteten Einsätzen oder einem Pauschalpreis, in welchem alle Leistungen enthalten sind.

Kostenfreies Angebot anfragen
Bei Großobjekten erstellen wir Ihnen gerne, nach einer gemeinsamen Objektbegehung, ein individuelles Angebot. Jetzt anfragen und einen sorgenfreien Winter sichern!

Hamburger Hafen: Die Bedeutung eines Standortes

Fortsetzung von Seite 1



Als Drehpunkt der Wirtschaft ist der Hamburger Hafen von enormer Bedeutung.
Foto: Holger Woizick / unsplash

Somit ist der Hafen nicht nur der größte Arbeitgeber Hamburgs, sondern auch ein bedeutender bundesweiter Wirtschaftsfaktor.

Rückgang beim Containerumschlag

Bis zum Jahr 2008 war der Hamburger Hafen eine Erfolgsstory: Von 1989 bis 2008 wuchs der Warenumsatz von 58 Millionen Tonnen auf 140 Millionen Tonnen. Nach einem Einbruch im Jahr 2009 wurde 2014 das bisherige Rekordergebnis wieder leicht übertroffen. Danach begann der schleichende Niedergang. 2022 waren es nur noch 119,9 Millionen Tonnen Gesamtumsatz.

Der Containerumsatz betrug 8,3 Millionen TEU (20-Fuß-Standardcontainer). Im Jahr 2007 wurde der höchste Umsatz mit 9,89 Millionen TEU erreicht. Seitdem ging auch der Containerumsatz ständig zurück. Die ursprüngliche Prognose aus dem Jahr 2010 für 2025 lag bei 25 Millionen Standardcontainer. Neue Berechnungen sehen bis 2035 gerade einmal die Hälfte dessen voraus. Bei der Betrachtung der derzeitigen Entwicklung erscheint auch diese Prognose gewagt. Im ersten Halbjahr 2023 lag der Containerumsatz bereits 11,7 Prozent und der Gesamtumsatz 6,5 Prozent unter dem Vorjahr.

Besonders auffällig ist die Entwicklung im Containerbereich seit 2000. Während

Hamburg 2022 das 1,9-fache Umsatzergebnis erreicht, liegen die Zahlen in den Häfen, mit denen Hamburg am häufigsten verglichen wird, in Rotterdam beim 2,4-fachen und in Antwerpen sogar beim 3,3-fachen. Die vorläufigen Zahlen für 2023 lassen sich anscheinend fortschreiben. Danzig hat seit 2010 den Gesamtumsatz mehr als verdoppelt und den Containerumsatz mehr als vervierfacht.

Gründe für die Rückwärtsentwicklung

Grund für den Abwärtstrend des Hamburger Hafens sollen unter anderem der Krieg in der Ukraine, die Corona-Pandemie, das Seidenstraßen-Projekt, neue Häfen in Südeuropa, Wirtschaftssanktionen gegen Russland und Lieferkettenprobleme sein. Unter den gleichen Bedingungen leiden auch alle anderen Mitbewerber im Norden.

Sicherlich hat sich der Hafenwettbewerb durch immer größere Containerschiffe verschärft, der immer größere Hafenanlagen und tideunabhängige Anfahrten benötigt. Wenn die Anpassung der Hamburger Hafen-Anlagen (Westerweiterung des Euroterminals) jedoch durch Klagen diverser Interessengruppen und Bürokratie verhindert oder verzögert werden, trägt das nicht zur Effizienzsteigerung bei. Im Gegensatz zu Deutschland sehen Belgien und die Niederlande die massiven Investitionen in die Erweiterungen der Hafenanlagen als nationale Priorität an.

Im „Container Port Performance Index“ der Weltbank, dem Index der Leistungsfähigkeit international vernetzter Containerhäfen, fiel Hamburg um fast 100 Plätze nahezu ans Ende des weltweiten Rankings von 328 Häfen ab, bedingt durch lange Warte- und Verspätungszeiten. Als Ursachen dafür werden beispielsweise mangelnde Investitionen in Infrastruktur, ungenügende Digitalisierung, Bürokratie, schleppende Zollabfertigung, hohe Kosten im Verhältnis zu den Wettbewerbshäfen, geringe Automatisierung und Ziellosigkeit bei den politischen Akteuren genannt.

Zu viel reden statt handeln

So wird auch schon jahrelang diskutiert, ob eine neue Brücke oder ein Tunnel die Köhlbrandbrücke ersetzen sollte oder ob man die alte Brücke als Denkmal erhalten will. Es gibt auch Stimmen und Interes-

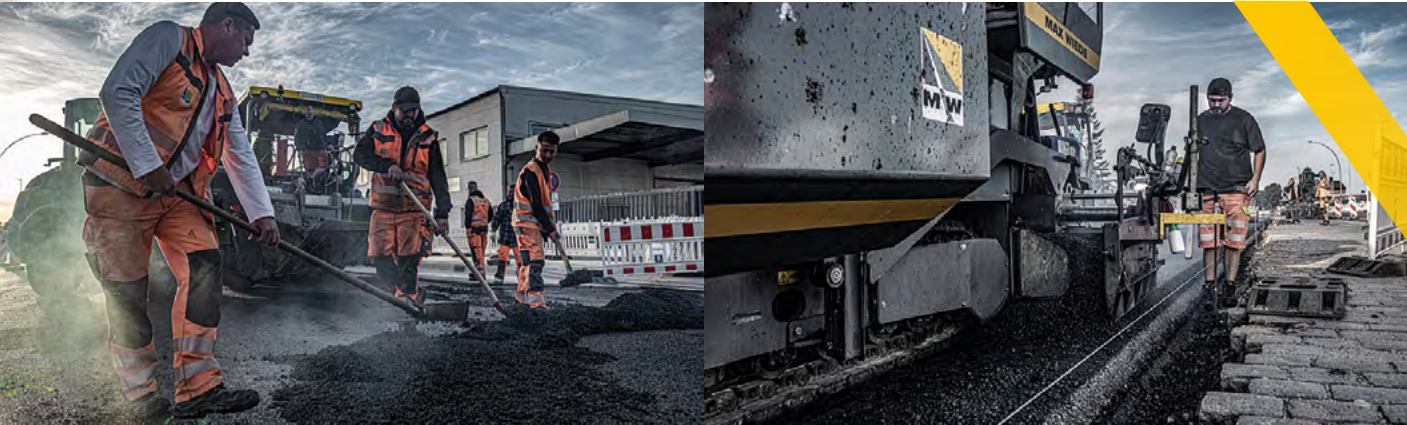
sengruppen, die den wesentlich teureren Tunnel bevorzugen, um den Ausbau der A26 wegen Geldmangel zu verhindern. Mit diesen Endlos-Diskussionen stellt sich Hamburg als ein führender Hafen selbst infrage.

Es muss auch bei zunehmend knappen Ressourcen die Frage beantwortet werden, wo sollen die finanziellen Mittel investiert werden. Ist es für die Stadt Hamburg und das Land ausreichend, sich auf den Standpunkt eines Regionalhafens zurückzuziehen oder sollte investiert werden, um den Wettbewerb mit den unmittelbaren Mitbewerbern aufnehmen?

Zu viel reden und weniger handeln führt dann dazu, dass man sich vielleicht Politiker wie einst Gerhard Schröder (basta!) oder Helmut Schmidt wünscht, die dann letztendlich auch Entscheidungen treffen. rm

Seehäfen unter Druck

Die deutschen Seehäfen stehen unter Druck und es herrscht ein extremer Wettbewerbsdruck. Auch in Hamburg geht der Güterumsatz zurück. Um aber den künftigen Anforderungen zu entsprechen, braucht es finanzielle Mittel und die Unterstützung des Bundes. Mit 38 Millionen Euro, die vom Bund jährlich in die Häfen fließen, kann nicht viel bewegt werden. Bei den vielen Investitionen, die in den kommenden Jahren in den Ausbau des Hamburger Hafens und die Infrastruktur getätigt werden müssten, um den Hafen gegenüber den Mitbewerbern wettbewerbsfähig zu halten, müsste eine extrem höhere Summe zur Verfügung stehen.



MAX WIEDE – Ihr regionaler Spezialist

Straßen- & Verkehrswegebau ▽ Straßen- & Flächenbeläge ▽ Flächenentwässerung und Kanalbau

Wir erbringen fast alle Gewerke in Eigenleistung, inklusive der optimalen Projektierung. Als Mittelständler mit flachen Hierarchien bieten wir Können wie die „Großen“ und Flexibilität wie die „Kleinen“.

MAX WIEDE GmbH
Straßenbau Tiefbau Asphaltbau
Rungedamm 53, 21035 Hamburg
040 / 251542 – 0
info@max-wiede.de
www.max-wiede.de

„Eine Perle wieder aufpolieren“

Ein Interview mit Franziska Kraupner, Geschäftsführerin der Eichholtz GmbH mit Sitz auf der Veddel.

Die Firma Eichholtz im Industriegebiet Hamburg-Veddel ist ein Traditionsunternehmen, das sich auf einer Fläche von 30.000 Quadratmetern um die Lagerung und Veredelung von Lebensmitteln kümmert, bis diese zur Weiterverarbeitung zu den Kunden transportiert werden. Der Hamburger Hafen ist dabei ein zentraler Ort, an dem die Produkte, wie beispielsweise Nüsse und Backsaaten, ankommen und dann an das Unternehmen Eichholtz zur Zwischenlagerung weitergeleitet werden.



Das Unternehmen Eichholtz lagert und reinigt Waren, bevor sie in den weiteren Verkauf gehen.
Foto: Eichholtz GmbH

der billbroker: Frau Kraupner, erklären Sie bitte kurz, wie man sich die Arbeit in Ihrem Unternehmen vorstellen muss.

Franziska Kraupner: Gern, unser Unternehmen besteht seit 1932, es wurde von meinem Großvater Oscar Kraupner und Curt Eichholtz in der Speicherstadt gegründet. Damals wurden die Waren mit Schuten zu uns ins Lager gebracht. Nach mehreren Vergrößerungen der Firma sind wir 2008 aufgrund von Terminalerweiterungen im Hafen in die Muggenburger Straße auf die Veddel

umgezogen, wo wir auch ein Jahr später unsere hochmoderne Kühlanlage in Betrieb genommen haben.

der billbroker: Was wird bei Ihnen genau gelagert und was passiert dort mit den Waren?

Franziska Kraupner: Wir lagern und veredeln vor allem empfindliche Lebensmittelrohwaren, wie Saaten, Nüsse, Trocken- und Hülsenfrüchte, die dann zu den weiterverarbeitenden Firmen transportiert werden. Mandeln aus Kalifornien lagern wir beispielsweise solange, bis sie zu Marzipan verarbeitet werden, und Nüsse, bis sie ins Studentenfutter gelangen. Sollte es bei Waren zu Verunreinigungen gekommen sein, etwa durch Glassplitter oder andere Fremdkörper, können wir diese mit modernster Technik reinigen, damit keine Ware verlorengeht.

der billbroker: Sie bekommen täglich Lieferungen von Produkten. Welche Bedeutung hat dabei der Hamburger Hafen für Sie?

Franziska Kraupner: Eine sehr große. Wir liegen mit unserem Standort hier zwanzig Minuten von den Terminals entfernt und bekommen unterschiedlichste Produkte, die aus allen Ländern der Welt kommen, aus dem Hafen angeliefert. Die Erzeugnisse kommen an den Terminals des Hafens an und müssen alle über die Köhle (Köhlbrandbrücke) zu uns gebracht werden. Der Hafen hat für uns somit eine ganz wichtige Bedeutung, und auch eine funktionierende Infrastruktur für die Anlieferung ist elementar für unser Unternehmen. Die Nähe zum Hamburger Hafen ist unsere Basis.

der billbroker: Der Hamburger Hafen steht seit Jahren in der Kritik, wie sehen Sie diese Entwicklung?

Franziska Kraupner: Ganz ehrlich kann ich nicht verstehen, wie man einer solchen Perle, die Hamburg besitzt, nicht viel mehr Beachtung schenkt. Hamburg ist die einzige Stadt in Deutschland, die die gesamte Infrastruktur aufweist, die für einen Hafen von Bedeutung ist. Warum nicht in den Hafen investiert wird, ist für mich ein Rätsel. Ohne eine gute Infrastruktur läuft im Hafen gar nichts. Jetzt wird aber bereits seit Jahren darüber diskutiert, was aus der Köhlbrandbrücke werden soll, das ist für mich völlig unverständlich. Hier müsste Hamburg Geld in die Hand nehmen. Was produzieren wir denn sonst in Hamburg? Wir haben doch vor allem unseren Hafen und deshalb wäre es, meiner Meinung nach, auch schlau, den Hafen auszubauen und die Zuwege zu verbessern. Das Ganze befindet sich in keinem guten Zustand und die finanziellen Mittel müssten jetzt bereitgestellt werden.

der billbroker: Die Umschlagszahlen im Hamburger Hafen sinken kontinuierlich. Wie können wir da wettbewerbsfähig bleiben?

Franziska Kraupner: Ich glaube, dass viele den Hamburger Hafen unterschätzen. Die Perle, die man hat, sollte man wieder aufpolieren. Der Bund sollte Gelder in die Wirtschaft und in die Infrastruktur packen und den Hafen nicht kleinreden. Damit schneidet man sich den Ast ab, auf dem man sitzt.

der billbroker: Liegen die Gründe für den Rückgang nicht auch in der bestehenden Krise?

„Den Hafen als Energiepoint voranbringen, vorausdenken und jetzt investieren, anstatt immer nur abzuwarten, ist die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit.“

Franziska Kraupner, Geschäftsführerin Eichholtz GmbH

Franziska Kraupner: Überall geht die Kaufkraft gerade zurück. Dann gibt es aber auch die anderen Phasen. Das war mit Corona genauso. Diese Krise wird vorübergehen und dann geht es wieder bergauf und dann muss auch der Hafen vorbereitet sein. Das Standing ist wichtig. Den Hafen als Energiepoint voranbringen, vorausdenken und jetzt investieren, anstatt immer nur abzuwarten, ist die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit. Die anderen West-Häfen, wie Rotterdam, pumpen mehr Gelder in den Hafen, um sich auf dem aktuellen Standard zu bewegen. Wir müssen genauso vorgehen und dem Hafen wieder mehr Bedeutung geben.



Franziska Kraupner, Geschäftsführerin der Eichholtz GmbH.
Foto: Eichholtz GmbH

der billbroker: Wie wichtig ist der Abbau von Bürokratie für den Hafen?

Franziska Kraupner: Es gibt tatsächlich immer mehr Auflagen, die den Unternehmen teilweise auch das Leben schwer machen. Oft wird es Menschen, die im Hafen arbeiten möchten, auch nicht wirklich nicht leicht gemacht hier einen Job zu finden.

der billbroker: Wie sieht Ihrer Meinung nach das aktuelle Image des Hafens aus?

Franziska Kraupner: Der Hafen hatte immer dieses Schmutzel-Image und war oft Drehort für düstere Krimis. Der Hafenarbeiter war der, der die schweren Säcke schleppt und schlecht bezahlt wird. Den Menschen muss einfach wieder klar werden, dass der Hafen voller interessanter Abläufe steckt und hier die unterschiedlichsten Berufszweige zu finden sind – vom Lagerarbeiter bis zum Ingenieur. Der Hafen bietet sehr sichere Arbeitsplätze, denn Logistik wird es immer geben und Hamburg bleibt einfach „Das Tor zur Welt“.

der billbroker: Vielen Dank, Frau Kraupner, für dieses Gespräch! gr



Nicht nur immer obenauf, sondern auch immer für Sie da

- Flachdach-Montagesysteme
- mehrlagige bituminöse Flachdachabdichtung
- Kunststoffbahnenabdichtung
- GLD Gefälle-Leichtdach
- dachintegrierte Photovoltaik-Systeme
- Flüssigkunststoff-Beschichtungssysteme
- Grundwasserabdichtung
- Tunnel-, Brücken-, Parkdeckabdichtung
- Metaldachkonstruktionen

RUBEROID TEAM
AKTIENGESELLSCHAFT

RUBEROIDTEAM AG
Billbrookdeich 27, 22113 Hamburg
Telefon 040 73 71 56-0 Telefax -56
info@ruberoid-team.de
www.ruberoid-team.de

Europawahl 2024: „Quo vadis Europa“

Fortsetzung von Seite 1

Was auch immer die Propagandisten solcher negativen Aussichten bezwecken, man muss dieses Narrativ nicht teilen. Mit Europa steht es gar nicht so schlecht, wie es von Teilen der Politik und der veröffentlichten Meinung transportiert wird. Zutreffend ist, dass die Rechtsakte und Vorhaben der EU immer mehr Bereiche des Wirtschaftslebens in den Mitgliedstaaten beeinflussen, die nicht zuletzt auch mit unbegrenzten Risiken für den Bundeshaushalt verbunden sind. Übergriffige Kompetenzanmaßung der EU, Bevormundung und zentralisierte Einflussnahmen auf unternehmerische Entscheidungen durch den Green Deal, ersticken das unternehmerische und selbstverantwortliche Handeln der Unternehmen und gefährden damit insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Bei der großen Mehrheit der Bürger und der Wirtschaft steht die EU nicht in Frage, was weder Kritik und Reformbedarf der EU nicht ausschließt.

Mit jeder Erweiterung der EU werden Reformen dringlicher. Häufig ist zu hören: „Europa ja, aber bitte nicht so!“ So wird diskutiert und nach Änderungen verlangt:

- Verbot der Kreditaufnahmen durch die EU und strikte Einhaltung der Fiskalregeln zur Begrenzung der öffentlichen Defizite und Schuldenstände,
- Begrenzung der Ankaufsprogramme von Wertpapieren durch die EZB,
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts durch preisgünstige Energie, weniger Bürokratie und Vorgaben bei Produktion

und Vertrieb, keine expansive und zügellose Erweiterung der EU, die dazu führt, dass den wenigen Nettozahlern immer mehr Nettoempfänger gegenüberstehen,

- Steuerung der Migration und Verhinderung des Einsickerns in die Sozialsysteme,
- Stärkung des Subsidiaritätsprinzips durch Beachtung der nationalen Souveränität: EU-Projekte, EU-Verordnungen und EU-Richtlinien bedürfen des Nachweises, dass der Nationalstaat die Aufgabe nicht besser löst, Vetorecht der Nationalstaaten in wesentlichen, den Staat berührenden Belangen, Überprüfung und Verwerfung bei kompetenzwidrigen Entscheidungen der EU durch das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der „Ultra vires“-Lehre, geostrategische Erweiterungsüberlegungen nur unter strikter Beachtung der Sicherheits- und Friedensordnung in Europa und Vermeidung der Blockbildung und einseitigen politischen wie wirtschaftlichen Abhängigkeiten, Stärkung und Aktivierung Europas als Friedensunion,

- Reformen der EU, insbesondere des Eurosystems, keine Verwässerung des Einstimmigkeitsprinzips, Verteilung der Stimmrechte nach Haftung und Größe der Mitgliedstaaten,
 - Verbot der Kreditaufnahme/verbindliche Einhaltung der Fiskalregeln.
- Mit dem „Wiederaufbaufonds“ wurde die EU erstmals 2021 in unzulässiger Weise ermächtigt, Kredite in Höhe von 750 Milliarden Euro am Kapitalmarkt aufzunehmen und die Mittel als nicht-rückzahlbare Zuschüsse an die Mitgliedstaaten weiterzureichen.

Die Artikel 311, 312 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) sind – entgegen der Auffassung der Kommission – unzureichende Rechtsgrundlagen für die Kreditaufnahme. Der Wiederaufbaufonds fördert unter Umgehung der Fiskalregeln schuldenfinanzierte Transfers, er verletzt die „No bail-out“-Klausel des Vertrags und läutet den Weg in die Haftungs- und Transferunion ein (Bundesrechnungshof, Bericht vom 11. März 2021, S. 15).

„Mit dem Green Deal gefährdet die EU-Kommission den Wirtschaftsstandort Deutschland und es droht die Deindustrialisierung.“

RA Dr. Dietmar Buchholz,
Diplom Volkswirt, Hamburg

Gefährdung des Wirtschaftsstandorts durch den Green Deal

Mit dem Green Deal gefährdet die EU-Kommission den Wirtschaftsstandort Deutschland und es droht die Deindustrialisierung. Die klimapolitischen Ziele überfrachten die Wirtschaft mit Kosten, Bürokratie und gefährdet die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Preisgünstige Energien sind die Lebensader jeder Wirtschaft und sichern den Wohlstand der Bürger in den EU-Mitgliedsländern. Deutschland hat schon heute aufgrund des Ausstiegs aus der Atomkraft und der Kohle weltweit den höchsten Strompreis. Die Verteuerung der fossilen Energien ist politisch gewollt. Ursächlich ist unter anderem das Abschalten von Kraftwerken in ganz Europa, die Belastung der Energieträger Kohle, Öl und Gas mit Steuern und Abgaben, die CO2-Bepreisung und der Zertifikate-Handel (Fritz Vahrenholt, „Die Große Energiekrise“, LMV Verlag, 2023). Diese Politik, die den Blick für die Realitäten verloren hat, nimmt bewusst Versorgungsmängel und Wohlstandsverluste in Kauf. Statt Ordnungspolitik, Planwirtschaft und Bevormundung ist die Umstellung des Green Deal auf Freiwilligkeit, Selbstverantwortung und Vertrauen in die Wirtschaft gefordert. Darüber hinaus der Verzicht auf die CO2-Bepreisung, der Fortfall der Ausdehnung des Zertifikate-Handels auf Verkehr und Gebäudebestand sowie eine Verringerung der Belastung. Ebenso eine Überarbeitung der Gebäuderichtlinie, die für energetisch unzureichend gedämmte Nichtwohngebäude Sanierungspflichten bis 2030 vorsieht und quasi zur Enteignung der Eigentümer und ggf. zur Insolvenz der Unternehmen durch den Zwang zur Bildung von Rückstellungen führt. Last but not least die Aufhebung des Verbrennerverbotes, hier ist Technologie-Offenheit oberstes Gebot.

Die Europäer wollen Europa

Die Europäer wollen Europa, sie wollen aber keinen europäischen Einheitsstaat. Europa ist geprägt durch kulturelle, politische und historische Vielfalt, der ungleichen Wirtschaftskraft und unterschiedlichen Wohlstandsniveaus. Die EU ist eben kein monolithischer Block und das sind gerade seine Vorzüge. Es gilt, die kulturellen, historischen Erfahrungen und politischen Ansichten von „links“ und „rechts“ in der EU zur Kenntnis zu nehmen und zu respektieren, solange sie nicht in Gewalt umschlagen. Besonders scharf treten die Interessengegensätze in der EU bei der Umsetzung der Klimapolitik hervor. Exportabhängige Länder, wie Deutschland, Frankreich und Italien, müssen um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer exportabhängigen Industrie fürchten und damit um den Verlust von Arbeitsplätzen, hier gilt es, diese anzuerkennen.

Ob die Bürger Europas einen Einheitsstaat entstehen lassen wollen oder es bei einer Wirtschaftsunion belassen wollen, wird von ihnen bei der Wahl in einem offenen und demokratischen Prozess entschieden werden. Europa ist das Haus der kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vielfalt. Europa muss als dynamischer Prozess verstanden werden, der auch Rückschläge zulässt, ohne gleich Europa in Frage zu stellen. db



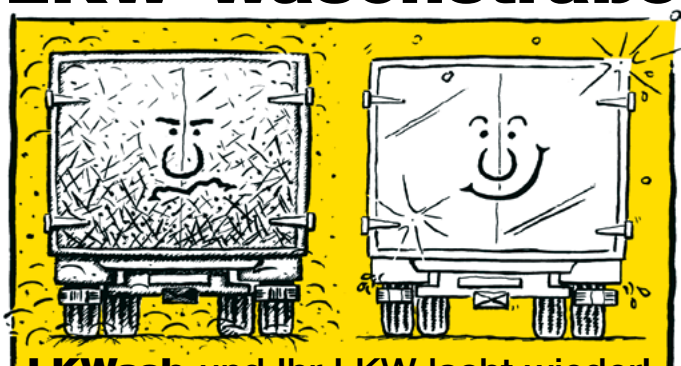
ATLAS HAMBURG



Baummaschinen
LKW-Ladegeräte
Fahrzeugbau
Verkauf
Vermietung
Service

ATLAS Hamburg GmbH • Fangdieckstraße 76 • 22547 Hamburg • Tel. 040 / 84 05 42-0 • info@atlas-hamburg.de • www.atlas-hamburg.de

LKW-Waschstraße



LKWash und Ihr LKW lacht wieder!

Liebigstraße 32, 22113 Hamburg, Telefon 7 32 89 57

Die EU-Gebäuderichtlinie – Sanierungspflichten einhalten

Henrik Diemann ist Geschäftsführer der Urbainity Group und seit 20 Jahren in den Bereichen Architektur, Projektentwicklung und Management tätig. Das Unternehmen spezialisiert sich auf die Beratung und Konzeptionierung von Energie-, Effizienz- und Nachhaltigkeitslösungen und begleitet Bestandshalter bei der Dekarbonisierung und Optimierung von Immobilien. In diesem Beitrag erklärt Henrik Diemann, was mit der neuen EU-Gebäuderichtlinie für Änderungen zu erwarten sind.

Sanierungspflichten einhalten

Vertreter des europäischen Parlaments, der Mitgliedsländer und der EU-Kommission haben sich am 7. Dezember 2023 auf die wesentlichen Punkte der neuen EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) verständigt. Der Einigung müssen die jeweiligen EU-Institutionen jetzt nur noch formal zustimmen. Die Sanierungspflicht über

Mindest-Energiestandards (MEPS) für die energetisch schlechtesten Gebäude (Worst Performing Building – WPB) wird es nur für Nichtwohngebäude geben, damit also auch für Produktions- und Logistikgebäude. Für Nichtwohngebäude sollen Mindeststandards zur Sanierung der energetisch schlechtesten 16 Prozent des Bestandes bis 2030 und der ineffizientesten 26 Prozent bis 2033 eingeführt werden. Ausnahmen für Baudenkmale und bestimmte Gebäudetypen sind möglich. Die Mitgliedstaaten sollen „spezifische Maßnahmen für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen bei der Wärme- und Kälteversorgung mit dem Ziel festlegen, die Nutzung mit fossilen Brennstoffen betriebener Heizkessel bis 2040 vollständig einzustellen“. Nach der neuen EU-Gebäuderichtlinie sollen ab 2030 alle neuen Gebäude den Standard eines „Zero Emission Building“ einhalten und dürfen dann somit keine Emissionen aus fossilen Brennstoffen mehr aufweisen.

Heizungsgesetz bis 2044

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG), auch als Heizungsgesetz titulierte, ist gültig ab dem 1. Januar 2024. Es regelt, dass das Heizen mit fossilen Energieträgern

„Gebäudeeigentümer sind gut beraten, wenn sie sich frühzeitig mit der Wärmeversorgung ihrer Immobilie beschäftigen und ein zukunftsfähiges Konzept verfolgen.“

Henrik Diemann,
Geschäftsführer Urbainity Group

in Deutschland höchstens bis Ende 2044 möglich ist und Neubauten bereits seit diesem Jahr mit 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Diese gerade erst getroffenen Regelungen müssen im Kontext der EU-Gebäuderichtlinie erneut überprüft werden, weil die Zeithorizonte der EU bisher ambitionierter sind.

Photovoltaik und grüne Dächer

Die EU-Einigung enthält auch Vorgaben zur Solarnutzung bei Gebäuden: Neue Gebäude sind so zu planen, dass sie sich für die Installation von Solaranlagen eignen. In Hamburg gilt hingegen bereits seit Januar 2024, dass nach dem Hamburger Klimaschutzgesetz mindestens 30 Prozent der Dachflächen bei Neubauten oder wesentlichen Dachsanierungen mit Photovoltaikanlagen bestückt werden müssen. Für Baumaßnahmen ab 2026 gilt, dass Dachflächen in Hamburg



Henrik Diemann berät Kunden rund um Konzeptionierung von Energie-, Effizienz- und Nachhaltigkeitslösungen.
Foto: Urbainity

noch zusätzlich begründet werden müssen.

Gebäudeeigentümer sind gut beraten, wenn sie sich frühzeitig mit der Wärmeversorgung ihrer Immobilie beschäftigen und ein zukunftsfähiges Konzept verfolgen. Hierbei spielen auch Einsparungsmaßnahmen eine große Rolle, die zu geringeren Nebenkosten führen. Die Nutzung von Photovoltaikanlagen kann einen zusätzlichen Kostenvorteil bringen und kann auch über einen geeigneten Contractor umfänglich finanziert werden.

MASSONG & PARTNER

Gute Beratung kostet ein Honorar, schlechte manchmal die Existenz.

Tätigkeitsschwerpunkte u.ä.: Optimierung von Betriebs- und Risikostrukturen
Trennung von privaten und betrieblichen Risiken

Gerne stehen wir Ihnen für einen unverbindlichen Beratungstermin zum gemeinsamen Gespräch zur Verfügung:

info@massongundpartner.de
Tel.: 040 72811502 (Büro)
Mobil: +49 173 2156911 (Kontakt ppa. Dustin Christophersen)

Ihr Team von Massong & Partner Unternehmensberatung (GmbH & Co.) KG
Katharinenstr. 30, 20457 Hamburg

FAHRZEUGREIN DABELSTEIN

EINE RUNDUM SAUBERE SACHE –

Pkw, Lkw, Boot, Motorrad, Caravan oder Anhänger

- ✓ Reinigung & Pflege, Politur & Versiegelung, Innenreinigung, Leasingrückläufer, Rauchgeruch-Entfernung, Spezialreinigungen, Entschriftungen
- ✓ Fuhrpark- und Flotten-Service!
- ✓ Zeitsparender Hol- und Bringservice für Billbrookkreis-Mitglieder kostenlos. Nichtmitglieder zahlen eine kleine Servicepauschale.

fahrzeugrein.de Liebigstraße 32, Haus C 22113 Hamburg
Telefon 040 67588900 service@fahrzeugrein.de

In die Infrastruktur investieren



Beim Straßenbau ist die Rezession noch nicht so stark zu spüren.
Fotos: Max Wiede GmbH

Ein Interview mit Frank Schulz, Geschäftsführer des mittelständischen Straßen- und Tiefbauunternehmens Max Wiede.

Das Unternehmen Max Wiede in Hamburg-Allermöhe kommt zum Einsatz, wenn es um den Bau und die Sanierung von Straßen und Wegen geht. Hauptsächlich ist das Unternehmen dabei für die Stadt Hamburg tätig. In diesem Gespräch wirft Frank Schulz, einer der Geschäftsführer der Firma, einen Blick auf die aktuelle Konjunktur und die wirt-

schaftliche Entwicklung für das Jahr 2024 aus Sicht seines Unternehmens.
der billbrooker: Herr Schulz, viele Unternehmen blicken besorgt in die Zukunft, prognostizieren weiterhin schlechte Zahlen für das Jahr 2024 und sprechen von einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um gerade einmal 0,3 Prozent.

Wie sieht es aktuell in Ihrem Betrieb aus? Sind Sie von der Rezession betroffen?
Frank Schulz: In Krisenzeiten merken wir den Auf- und Abschwung erst mit einer gewissen Verzögerung. Wir sind beim Straßenbau noch nicht direkt von der Krise betroffen, denn die Infrastruk-

tur muss immer auf einem guten Level erhalten werden. Beim Wohnungsbau sieht das dagegen dramatischer aus, da haben wir von Firmen erfahren, dass es Kurzarbeit gibt und auch Mitarbeiter entlassen werden mussten. So weit ist es bei uns zum Glück nicht gekommen. Beim Straßenbau ist die Auftragslage noch nicht so stark zurückgegangen,

aber das hängt natürlich auch von den Geldern ab, die für die Sanierungen und Neubauten bereitgestellt werden. Das Preisniveau geht allerdings aktuell eher herunter. Wenn die Steuereinnahmen sinken, dann geht es auch bei uns bergab, weil wir wie gesagt viele Aufträge von der Stadt erhalten.



Mit Sicherheit die beste Lösung!

Seit über 40 Jahren entwickeln wir für Unternehmen und Privathaushalte individuelle Sicherheitskonzepte auf höchstem Niveau – aus Billbrook heraus für Hamburg und die ganze Welt.

Wir installieren auch bei Ihnen intelligente Sicherheitstechnik – von der Alarmanlage bis zur professionellen Videoüberwachung mit Nachtsichtfunktion.

Wir überwachen Ihr Gelände und Ihre Anlagen rund um die Uhr durch eine zertifizierte Leitstelle mit ausgebildeten Interventionskräften.

Wir sichern Ihr Unternehmen durch regelmäßige Kontrollfahrten.

Wir stellen Personal für Ihre Betriebssicherheit – inklusive Zugangskontrolle und Pförtnerdienst.

Telefon: 040 / 73 62 22
www.haroun.de



24/7-Leitstelle mit Alarmaufschaltung und Objektüberwachung



Konzeption und Installation drahtloser Alarmanlagen und Videotechnik



Alarmverfolgung durch Funkstreife im Einsatz und Kooperation mit der Polizei

Haroun Security GmbH & Co. KG
Wöhlerstraße 2a, 22113 Hamburg
Tel.: 040 / 73 62 22
Fax: 040 / 73 62 21 00
info@haroun.de

der billbrooker: Welches sind Ihre haupt-sächlichen Aufgabenbereiche?

Frank Schulz: Natürlich haben wir nach dem Winter viele Schlaglöcher saniert, aber wir haben auch Aufträge überall in der Stadt verteilt. Wenn irgendwo eine Straße gesperrt ist und Autofahrer auf Umleitungen stoßen, kann es gut sein, dass unser Unternehmen dahintersteckt und dort gerade eine Straße oder Gehwege saniert. Alle ärgern sich nach dem Frost über kaputte Straßen, oft wird dann leider nur notdürftig geflickt, um kurzfristig die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

der billbrooker: Was müsste ihrer Meinung nach passieren, um die Wirtschaft in Deutschland wieder anzukurbeln?

Frank Schulz: Krisen kommen und gehen und es wird sie immer wieder geben. Ich denke, es wäre zunächst einmal wichtig, dass in Berlin ein ordentlicher Haushalt aufgestellt wird. Die Politik ist gefragt, jetzt die richtigen Entscheidungen zu treffen. Es muss auch unbedingt Geld in die Infrastruktur investiert werden, denn die nachfolgenden Generationen müssen mit den Bedingungen leben, die wir heute für sie erschaffen. Eine marode Infrastruktur, wie wir sie jetzt zum Teil vorfinden, ist absolut nicht zu verantworten. Unsere Straßen, Brücken und Bahnstrecken sind teils in schleimem Zustand. Da muss die Politik her, die das erkennt, denn für die Produktivität unserer Volkswirtschaft ist die Infrastruktur absolut

wichtig. Die ganzen Klagen gegen Bauvorhaben brechen uns zurzeit das Genick. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, insbesondere die Industrie, sind in Deutschland zurzeit alles andere als gut. Im Studium habe ich Kommilitonen beneidet, die in großen internationalen Unternehmen gearbeitet haben – heute bin ich froh, dass ich mit meinem Unternehmen nicht mit Asien oder den USA konkurrieren muss. Unser Unternehmen muss sich nur mit den lokalen Mitbewerbern messen und da gelten dieselben Bedingungen. Wird der Diesel teurer, betrifft das alle lokalen Mitbewerber.

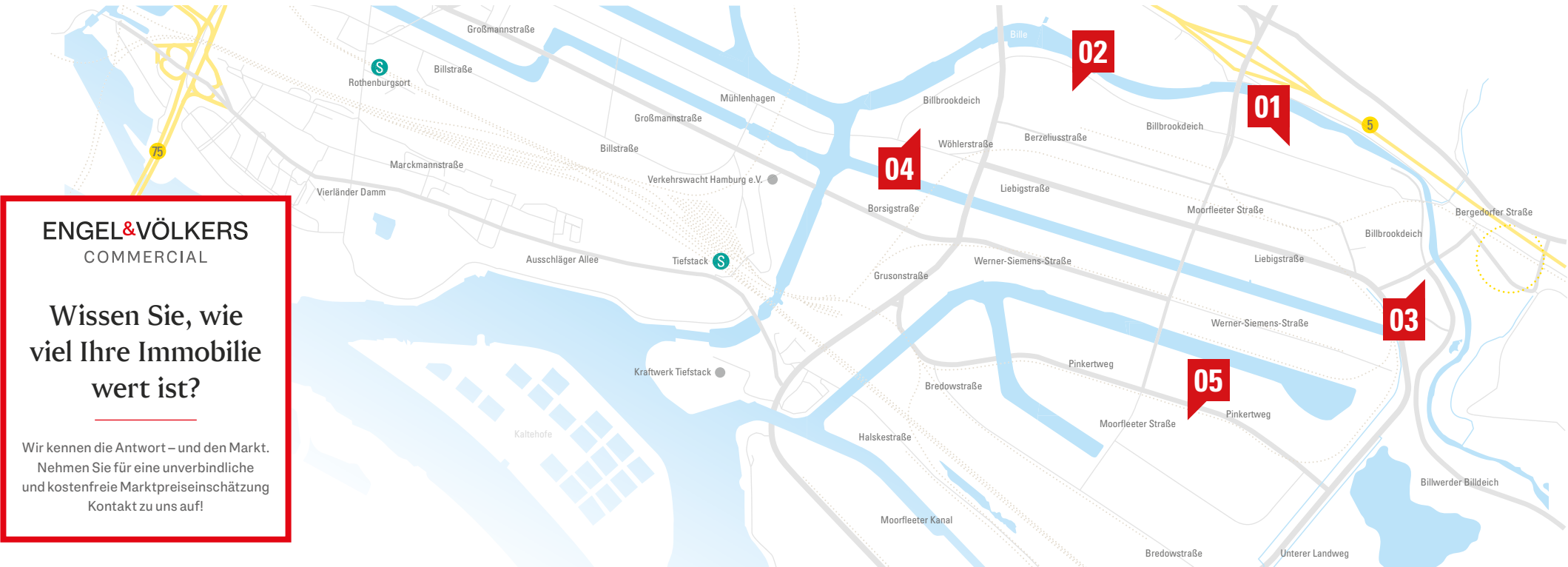
der billbrooker: Betrifft Sie der anhaltende Fachkräftemangel?

Frank Schulz: Man muss sich wirklich viel Mühe geben, um gute Leute zu finden. Dann muss man sein Team ausreichend entlohnen und gut behandeln, das ist das Wichtigste. Die Angestellten müssen sich bei der Arbeit wohlfühlen. Wer seine Mitarbeiter mit angemessenem Respekt behandelt und ihnen eine Chance gibt, der kann auch auf sie bauen. Die Mitarbeiter sind gerade in einem Familienunternehmen elementar für den Erfolg einer Firma. Wir bilden bei uns zum Straßenbauer und Tiefbaufacharbeiter aus. Die Qualität der Bewerber wird allerdings leider immer schlechter. Vielen, die auf den ersten Blick für eine Ausbildung nicht wirklich geeignet schienen, haben wir aber trotzdem eine Chance gegeben und sie sind professionelle Mitarbeiter geworden.



Frank Schulz,
Geschäftsführer der Max Wiede GmbH.
Foto: Max Wiede GmbH

der billbrooker: Vielen Dank, Herr Schulz, für dieses Gespräch. gr



01 Zentral gelegene Büroflächen, bereits ab ca. 90 m², 1. bis 3. OG gelegen, beheizt, renoviert, Teppichboden vorhanden, Energieausweis liegt zur Besichtigung vor, Miete/m²: ab 11,90 € + NK + MwSt.

ENGEL & VÖLKERS
COMMERCIAL
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG
Abteilung Industrie, Tel. 040 36 88 10 200
Email: hamburgind@engelvoelkers.com
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial



02 Funktionales Abhollager, ca. 630 m² Lager, ca. 200 m² Büro, ebenerdige Rolltor, Höhe ca. 4,10 bis 5,50 m, Energieausweis liegt zur Besichtigung vor, Miete/m²: ab 7,90 € + NK + MwSt.

ENGEL & VÖLKERS
COMMERCIAL
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG
Abteilung Industrie, Tel. 040 36 88 10 200
Email: hamburgind@engelvoelkers.com
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial



03 Büroflächen nahe Innenstadt mit guter ÖPNV-Anbindung, ca. 800 m², teilbar, Pantry, sep. Sanitäreinrichtungen, Gasheizung, Pkw-Stellplätze, Energieausw. liegt zur Besichtigung vor, Miete/m²: ab 9,50 € + NK + MwSt.

ENGEL & VÖLKERS
COMMERCIAL
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG
Abteilung Industrie, Tel. 0 40 - 36 88 10 200
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial



04 10 Min. bis zum Hauptbahnhof, Lagerfläche ca. 1.800 m², ebenerdig über ein Rolltor anzudienen, Höhe bis 5,50 m, Bodentraglast ca. 2,5 t/m², Energieausweis liegt zur Besichtigung vor, Miete/m²: ab 7,90 € + NK + MwSt.

ENGEL & VÖLKERS
COMMERCIAL
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG
Abteilung Industrie, Tel. 0 40 - 36 88 10 200
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial



05 Helle Büroflächen mitten in Billbrook, ca. 268 m², funktional und modern ausgestattet, Bodenbelag, Pantry, getrennte Sanitäreinrichtungen, Energieausweis liegt zur Besichtigung vor, Miete/m²: 8,00 € + NK + MwSt.

ENGEL & VÖLKERS
COMMERCIAL
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG
Abteilung Industrie, Tel. 0 40 - 36 88 10 200
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial

ENGEL & VÖLKERS
COMMERCIAL
E & V IMMOBILIEN-ABC
V – wie vielseitig nutzbar.
Kennen Sie den Preis Ihres Gewerbeobjekts? Gern bietet Ihnen unser Industrie- & Logistikteam eine Einwertung Ihrer Unternehmensimmobilie an – ob vermietet oder selbst genutzt. Wir freuen uns auf Ihren Anruf.
Engel & Völkers Commercial Hamburg | 040 36 88 10 200 | HamburgIND@engelvoelkers.com | engelvoelkers.com/hamburgcommercial

Wir ermitteln den Marktwert für Sie

Die Mauterhöhung und ihre Konsequenzen

Trotz zahlreicher Proteste auf verschiedenen Ebenen und der groß angelegten Kampagne #mauteverest hat die Bundesregierung die geplante Mautreform umgesetzt. Es war die bisher größte Mauterhöhung mit einer Steigerung um bis zu 83 Prozent, wodurch jährliche Zusatzbelastungen von 7,6 Milliarden Euro für die Wirtschaft und den Bürger entstehen.

Lenkungswirkung erhofft

Die Bundesregierung erhofft sich durch diese Entscheidung eine Lenkungswirkung hin zu klimafreundlichen Antrieben, wie wasserstoffbetriebenen oder Elektrofahrzeugen, da diese ab Ende 2025 mautbefreit unterwegs sein dürfen. Allerdings mangelt es noch an der hierfür notwendigen Infrastruktur: Hamburg hatte bis Anfang des Jahres keine einzige Wasserstofftankstelle und kaum leistungsfähige Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge. Auf der anderen Seite ist die Industrie bisher nicht in der Lage, entsprechende Fahrzeuge zu liefern, weder in nennenswerten Stückzahlen noch zu wirtschaftlichen Preisen.

In der Konsequenz bedeutet das also für nahezu alle Transportunternehmer eine drastische Steigerung der Kosten.



Das sorgt mehrfach für Unmut, weil neben der Mauterhöhung zum 1. Dezember 2023 zusätzlich der CO2-Preis an der Zapfsäule auf fossile Energie wie Benzin und Diesel zum 1. Januar 2024 auf 45 Euro pro Tonne erhöht wurde. Damit bricht die Regierung den Koalitionsvertrag, der die Einführung eines CO2-Zuschlages bei

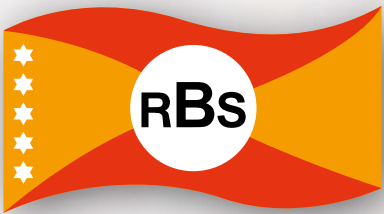
der Lkw-Maut ausdrücklich unter die Bedingung gestellt hat, dass eine Doppelbelastung durch den gleichzeitigen nationalen Emissionshandel ausgeschlossen wird.

Steigerungen landen beim Kunden

Die Unternehmer sehen keine andere Möglichkeit, als die Steigerungen an ihre Kunden weiterzugeben, bis sie im Endeffekt beim Verbraucher landen und wie ein Inflationstreiber wirken. „Man kommt sich vor wie jemand, der für den Staat die Steuern eintreiben soll – aber das Wort Steuererhöhung nicht verwenden darf“, ist von manchem Unternehmer zu

hören. Wie hart die Auswirkungen den Verbraucher treffen, bleibt abzuwarten. Doch das ist nicht der einzige Punkt, der für Ärger in der Branche sorgt. Hinzu kommt, dass der Bund die Zweckbindung der Mauteinnahmen aufhebt. Bisher flossen die Gelder aus der Maut in die Instandhaltung der Straße und kamen so gewissermaßen den Transporteuren zugute, indem die Infrastruktur instandgehalten wurde. Dieses Prinzip gilt nun nicht mehr. Künftig soll der Großteil der Einnahmen in die Schiene gesteckt werden. Während die Budgets für die Verkehrswege Schiene oder Wasser also steigen, bleibt es für die Straße beim Alten. Wenn in dieser Betrachtung noch die Inflation berücksichtigt wird, bleibt unterm Strich weniger übrig.

Viele Unternehmen hatten gehofft, dass die Mauterhöhung noch gekippt werden würde. hmk



RBS FIRMENGRUPPE

Unterer Landweg 25 | 22113 Hamburg | Telefon 040 / 732 88 88 | www.rbsfirmengruppe.de

Ihre sand- und kieselieferanten aus der region hamburg

Baustoffe für Erd- und Straßenbau
Natürliche Rohstoffe für Garten- und Landschaftsbau
Entsorgung von Böden, Bauschutt & Aufbruch aller Art
Zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe



HAMBURG | DIBBERSEN | DERSENOW | VELLAHN

Die Bedeutung von PVO-Prüfungen – Kein Risiko für den Versicherungsschutz

Versicherungen stehen hoch im Kurs, sei es für das eigene Fahrzeug, das Eigenheim oder die Gesundheit. Sie bieten einen wichtigen Schutz, der bei Schadensfällen oder unvorhergesehenen Ereignissen für Schäden aufkommt. Doch um den vollen Versicherungsschutz genießen zu können, müssen bestimmte Vorschriften und Bestimmungen eingehalten werden. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Präventions-, Organisations- und Überwachungsprüfungen, kurz PVO-Prüfungen.

PVO-Prüfungen sind Kontrollmaßnahmen, die durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass die vorgeschriebenen Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen erfüllt werden. Dabei wird überprüft, ob die elektrischen Geräte, wie Tore, Überladebrücken, Entrauchungsanlage und andere, den geltenden Sicherheitsstandards entsprechen und ob diese sicher verwendet werden können.

Prüfung durch qualifizierte Fachleute

Diese Prüfungen sollten dabei unbedingt von qualifizierten Fachleuten durchge-

führt werden, um sicherzustellen, dass alle relevanten Aspekte geprüft und dokumentiert worden sind. Mögliche Risiken und Gefahren können so erkannt und entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung oder Minimierung von Risiken ergriffen werden.

Neben der elektrischen Sicherheit umfassen PVO-Prüfungen auch weitere Aspekte der Betriebssicherheit von ortsveränderlichen Betriebsmitteln. Dazu gehören beispielsweise die Überprüfung der mechanischen Stabilität, die Funktionstüchtigkeit der Bedienelemente, die Prüfung auf sichtbare Beschädigung oder Abnutzungen, die

Einhaltung von Normen und Vorschriften sowie mögliche Gefährdung durch Einsatz, Umgebung oder Einsatzbedingungen.

Versicherungsschutz nicht gefährden

Die genauen Anforderungen und Prüftabellen können je nach Land, Branche und Betriebsmittelart variieren. Die PVO-Prüfungen sind somit von entscheidender Bedeutung, um Versicherungsschutz zu gewährleisten und potenzielle Gefahren und Risiken zu identifizieren, die den Versicherungsschutz ansonsten in Frage stellen könnten.

Risiken, die rechtzeitig erkannt werden, können mit entsprechenden Maßnahmen behoben werden, um die Wahrscheinlichkeit von Schadensfällen zu reduzieren. Dies wiederum trägt dazu bei, dass Versicherungsansprüche im Fall eines Schadensfalls problemlos bearbeitet und gedeckt werden. Wenn Versicherungsnehmer die Vorschriften und Bestimmungen nicht beachten, kann dies schwerwiegende Folgen für den Versicherungsschutz haben. Im Falle eines Schadens ist die Versicherungsgesellschaft dann berechtigt, den Versicherungsschutz zu verweigern oder den Schaden nur teilweise abzudecken.

Rechtliche Konsequenzen

Werden Vorschriften nicht eingehalten, kann das sogar zu rechtlichen Konsequenzen führen. Versicherungsnehmer könnten Haftungsansprüchen ausgesetzt sein, wenn ein Schaden beispielsweise aufgrund von Fahrlässigkeit entstanden ist.

Jedes Unternehmen sollte somit die Bedeutung der PVO-Prüfungen im Blick haben und daran denken, dass bei den Sachverständigen häufig lange Vorlaufzeiten anstehen. Wer sich rechtzeitig kümmert, kann negative Konsequenzen umgehen. rm



DIE TREPPE ZUM ERFOLG!

TK Fahrtreppen, Hamburg

Als einziges Fahrtreppenwerk in Deutschland gehören wir zum weltweit agierenden Konzern TK Elevator.

Bei uns bist du live dabei, wenn eine neue Fahrtreppe entsteht. Vom Schweißen der Stahlträger bis hin zum Verpacken und Abtransport zum Kunden ist alles made in Hamburg! Unsere Fahrtreppen erfüllen Qualitätsstandards höchster Güte.

Du wirkst an unseren Produkten mit, die über Jahrzehnte lang unsere Kunden auf der ganzen Welt begeistern.



Du willst auch ein Teil des Ganzen werden?

Dann wirf einen Blick auf unsere Ausbildungsberufe & Studiengänge:

Ausbildungsberufe (m/w/d)

Mechatroniker
Industriemechaniker
Konstruktionsmechaniker

Studiengänge

Wirtschaftsingenieurwesen
(in Kooperation mit der Dualen Hochschule Hamburg)

Wann steigst du ein?

jobs.tkelevator.com





TOGETHER WE MEET YOUR CLIMATE

Als Branchenführer wollen Sie die Umwelt so wenig wie möglich belasten. Ein zuverlässiger Partner für Ihr Abfallmanagement kann dazu beitragen. Dank unseres Fokus auf Kreislaufwirtschaft und der Rückgewinnung von Wertstoffen und Energie aus Ihren Abfällen, helfen wir Ihnen Ihre Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Sicher und zirkulär.

INDAVER TRÄGT ZU IHREN KLIMAZIELEN BEI. IN NACHHALTIGER PARTNERSCHAFT DANK 35 JAHREN KNOW-HOW UND INNOVATION.

DISCOVER OUR INNOVATIONS TO REALISE A SAFE, CIRCULAR ECONOMY

MAY 13-17
IFAT 2024
HALL A6 - STAND 227

INDAVER

IHR PARTNER FÜR DIE KREISLAUFWIRTSCHAFT

Noch keinen Partner? Kontaktieren Sie uns:
iws-services@indaver.com | +49 40 73351-141 | www.indaver.com

Auf einen Blick

Der Billbrookkreis begrüßt vier Unternehmen, die sich als neue Mitglieder angeschlossen haben.

BHG Billbrooker Handelsgesellschaft

Der Palettenhändler punktet mit einer umfangreichen, hochwertigen Auswahl an verschiedenen Palettentypen. Verkauf und Ankauf.

www.billbrooker-handelsgesellschaft.de

EMR European Metal Recycling GmbH

Das Unternehmen kauft alle Arten von Metallschrott zu wettbewerbsfähigen Preisen an, darunter Eisen und Stahl wie auch andere Metalle.

www.de.emrgroup.com

J.A. Schlüter und Söhne

Vermittlung und Service für Nutzfahrzeuge: Das traditionsreiche Familien-Unternehmen ist autorisierter Großhändler namhafter Automobilkonzerne.

www.schluter-soehne.de

Envidatec GmbH

Nachhaltige Lösungen und Umsetzung von Energieprojekten: Envidatec bietet Beratung, Engineering, Finanzierung und Betrieb.

www.envidatec.com

Was kommt?

Die geplanten Veranstaltungen des Billbrookkreises

116. Billbrookkreis-Treffen

Montag, 24. Juni 2024 von 12 bis 14 Uhr
im Hotel Böttcherhof

Gastrednerin: Kirsten Fust,
Geschäftsführerin Hamburger Energiewerke
Thema: Hamburg und die Energie-Zukunft

Vorankündigung:

Montag, 30. Sept. 2024 von 12 bis 14 Uhr
im Hotel Böttcherhof
Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen

Gastredner: Dennis Thering,
Fraktionschef der CDU-Bürgerschaftsfraktion

Immer wieder anders:

Die Veranstaltungen des Billbrookkreises sind geprägt durch die Mitglieder und durch die Themen der Gastredner. Informativ, überraschend und amüsant.

Weitere Infos und Anmeldung:
www.billbrookkreis.de/veranstaltungen



Bekanntmachung / Seminar

Der Billbrookkreis bietet an

AKTUELLE PROBLEME AM BAU!

Von der Auftragserteilung bis zur Schlussrechnung

Steigende Material- und Lohnpreise
Lieferverzug Handel/Hersteller
Haftung Generalunternehmer/Nachunternehmer
Mängelanzeige

Baurecht-Seminar

ca. dreistündige Informations- und Diskussionsrunde
Referent: RA Dr. Dietmar Buchholz, Diplom-Volkswirt, Hamburg
Teilnahmegebühr pro Person: **90 Euro netto zzgl. MwSt.**
Termin auf Anfrage

Der Vorstand des Billbrookkreis e.V.
office@billbrookkreis.de

WWW.BILLBROOKKREIS.DE



Revitalisierung des Industriegebiets: Das Quartiersmanagement unterstützt

Zwei Quartiersmanager kümmern sich im Industriegebiet Billbrook/Rothenburgsort um die Anliegen der Anwohner und ansässigen Unternehmen und sind das Sprachrohr zwischen den Unternehmen und den Behörden. Im Rahmen der regelmäßigen Treffen des Billbrookkreises haben die Quartiersmanager ihre Arbeit bereits vorgestellt und auch an mehreren Veranstaltungen teilgenommen.

Das Industriegebiet

Das Industriegebiet Billbrook/Rothenburgsort bildet nach dem Hamburger Hafen das größte zusammenhängende Industriegebiet Norddeutschlands und ist damit von hoher Bedeutung für Hamburg. Auf einer Fläche von rund 770 Hektar bieten die mehr als 1.000 ansässigen Betriebe Arbeitsplätze für über 20.000 Beschäftigte. Die Grundstücke sind hier vornehmlich in Privateigentum. Das Gebiet profitiert von seiner Lage zur Innenstadt und zum Hafen sowie der überörtlichen Verkehrsanbindung.

Entwicklung im Hamburger Osten

Im Rahmen der Entwicklung des Hamburger Ostens stellt das Industriegebiet Billbrook/Rothenburgsort einen wichtigen Teilbereich in den Planungen des Senats dar. Bereits im Jahr 2015 wurde im Auftrag der Wirtschaftsbehörde ein Quartiersbüro vor Ort eingerichtet, besetzt durch die Hamburg Invest (früher HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung) sowie die IBA Hamburg GmbH. Wesentliche Aufgaben des Quartiersmanagements waren zunächst die Motivation der ansässigen Unternehmen und Eigentümer zur Mitwirkung am Erneuerungsprozess, sowie die Führung oder Begleitung aller Wirtschaftsförderungsaktivitäten. Gleichzeitig sollten die notwendigen Maßnahmen zur Revitalisierung des Gebietes ermittelt werden.

Im Jahr 2017 wurde auf Initiative der Wirtschaftsbehörde durch Einbeziehung des Bezirks Hamburg-Mitte das Quartiersmanagement dann weiter ausgebaut, und seit 2021 bildet das Handlungskonzept des Senats für das Industriegebiet Billbrook/Rothenburgsort die Basis für die Arbeit des Quartiersmanagements.

Aufgabenverteilung

Grundsätzlich kümmert sich der eng mit der Hamburger Wirtschaftsförderung (HIW) verbundene Teil des Quartiersmanagements, vertreten durch Georg Seeck, um die Begleitung von Standorterweiterungen und Neuansiedlungen und die entsprechenden Genehmigungsverfahren sowie die bezirksübergreifenden Fragestellungen. Otmar Tibes vom Quartiersmanagement steht für die bezirksinternen Aspekte des Industriegebietes im Bereich von Genehmigungsverfahren, der Infrastruktur, des öffentlichen Raums, der Ordnung und Sauberkeit, aber auch für den Internetauftritt des Gebietes.

Gemeinsam werden Veranstaltungen zu Themen des Gebietes wie beispielsweise die Belebung des Schienenverkehrs begleitet sowie auch Fragen zu Lkw-Vorstaumöglichkeiten vor Ort oder der Revitalisierung der Billstraße unter die Lupe genommen. Grundsätzlich versteht sich das Quartiersmanagement als „Kümmerer“ vor Ort, das die Anliegen an zuständige Stellen weiterleitet, auf Missstände hinweist und die Unternehmen bei ihren Anliegen betreut und unterstützt. Das Quartiersmanagement initiiert und begleitet außerdem mit den anderen Standortverantwortlichen auch die laufende Umsetzung des Handlungskonzepts Billbrook und die weitere zukünftige strategische Entwicklung intensiv mit.

Investitionen in die Infrastruktur

Insgesamt sind in den vergangenen Jahren mehr als 100 Millionen Euro in die Infrastruktur und die Marktfähigkeit von Industrieflächen investiert worden. Und auch Maßnahmen, wie das konsequente Entfernen von Altfahrzeugen aus dem öffentlichen

Straßenraum oder die Verbundeinsätze in der Billstraße haben zum Revitalisierungsprozess beigetragen. Parallel bewegen sich die jährlichen Investitionen der Unternehmen in ihre Standorte im Industriegebiet im mittleren dreistelligen Millionenbereich. Die Grundstückstransaktionen im privaten Sektor belaufen sich in den letzten fünf Jahren auch auf einen mittleren dreistelligen Millionenbereich.

Klar ist aber aufgrund der Größe des Projektgebietes und der Eigentümerstruktur auch, dass es sich bei der Revitalisierung des Gebietes um ein langfristiges Projekt handelt. Das Quartiersmanagement wird diese Aufgabe weiter begleiten.

HIW / Georg Seeck



Otmar Tibes und Georg Seeck (am Mikrofon) stellen ihre Arbeit beim Billbrookkreis-Treffen vor.
Foto: Mirko Hannemann

Georg Seeck und Otmar Tibes sind die Quartiersmanager für den Industriestandort Billbrook/Rothenburgsort. Ihr Ziel ist der schnelle Kommunikationsweg zwischen den Unternehmen und den Behörden. Das Quartiersmanagement ist seit 2015 Ansprechpartner für Anliegen der Unternehmen, wenn es um Fragen an den Hamburger Senat geht.

Kontakt:

qm-billbrook@hamburg-mitte.hamburg.de



Impressum

der billbrooker

Ausgabe 1/2024, Auflage 5.000 Stück
Erscheinungsweise halbjährlich

Herausgeber

Billbrookkreis e.V., c/o Hotel Böttcherhof,
Wöhlerstraße 2, 22113 Hamburg,
Vereinsregister Nr. 20046, billbrookkreis.de

Vertreten durch den Vorstand

Bernhard Jurasch, Robert Meyer, Dr. Dietmar Buchholz

Kooptierter Vorstand

Melanie Dabelstein, Harder Michael Kock

Redaktion v.i.S.d.P.

Bernhard Jurasch, Robert Meyer,
Dr. Dietmar Buchholz, office@billbrookkreis.de

Chefredaktion

Karen Grell (gr), chefredaktion@billbrookkreis.de

Redaktionelle Mitarbeit

Dr. Dietmar Buchholz (db), Bernhard Jurasch (bj),
Harder Michael Kock (hmk), Robert Meyer (rm)

Art Direction

Mara Saueracker (Favorit-Media-Relations GmbH)
buero@fmr-im-norden.de

Herstellung und Anzeigen

Tanja Königshagen (Favorit-Media-Relations GmbH)
buero@fmr-im-norden.de

Druck

Lehmann Offsetdruck und Verlag GmbH

© 2024 Billbrookkreis e.V.

Weiterveröffentlichung von Text und Bild nur nach schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Irrtümer und Druckfehler vorbehalten.



SONNEK IMMOBILIEN GmbH
VERKAUF · VERMIETUNG · GUTACHTEN

Ihr Ansprechpartner für alle Immobilienfragen



Andreas Sonnek

**Immobilien sind seit
über 28 Jahren unsere
Leidenschaft.**

- Betriebsnachfolge/
Betriebsverkauf
- Gewerbe- und
Privatimmobilien:
Vermietung und Verkauf
- Anlageimmobilien
- Erbregelungen
- Auslandsimmobilien/
Ruhesitz

Telefon: 040-714 98 112
www.sonnek-immobilien.de

Genügend Geld im Alter

Das sollten Unternehmerinnen und Unternehmer berücksichtigen.
Wer selbständig ist, hat auch die Altersversorgung in der eigenen Hand.

Nicht selten schieben aber viele Selbstständige das Thema der Absicherung vor sich her und haben dann im Ruhestand mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Dabei könnten sie oft umfassende Förderungen des Staates für ihre Altersversorgung nutzen.

Im eigenen Interesse: aktiv werden

Vorausschauendes Handeln gehört deshalb zum Wesen eines erfolgreichen Unternehmers. „Bei der eigenen Altersversorgung sind viele von ihnen zurückhaltend“, erläutert die Gothaer Versicherung, die sich mit Vorsorgekonzepten für Führungskräfte befasst. „Für manche steht das Wohl der Firma klar im Vordergrund und sie sehen sich vielleicht durch eine spätere Unternehmensnachfolge abgesichert“. Bei anderen führe das Dickicht der Angebote dazu, erst

einmal gar nichts zu entscheiden. Gerade Solo-Selbstständige hätten aber oft mit schwankenden Einnahmen zu kämpfen.

Fakt ist: Auch Selbstständigen und Geschäftsführenden und deren Angehörigen kann Altersarmut drohen. Und hier gilt: Nur ein guter Plan hilft, damit im Ruhestand weiter der gewohnte Lebensstandard genossen werden kann. Denn dazu muss ein hohes Einkommen abgesichert werden. Kompetente Beratung ist ein wichtiger Schlüssel dazu.

Antworten auf viele wichtige Fragen

Da Selbstständige und auch geschäftsführende Gesellschafter meist von der gesetzlichen Sozialversicherungspflicht befreit sind, können sie auch freier entscheiden. Die Kehrseite: Die gesetzlichen Versorgungsträger leisten im Alter

je nach Fall entsprechend nur in geringer Höhe oder sogar gar nicht. Als Selbstständiger muss man also selbst aktiv werden. Hier stellen sich dem Unternehmer zahlreiche Fragen, die sich mit dem Lebensstandard im Alter, der Absicherung der Angehörigen, der Einbindung des Kapitals in die Vorsorge, die Risiken im Krankheitsfall und die Einbindung staatlicher Förderung befassen.

Die Möglichkeiten der Absicherung

Kapitalanlage zum Beispiel in ETFs, Riester, Rürup, Pensionsvorsorge aus dem Unternehmen heraus, sind nur einige Beispiele, um sich für das Alter abzusichern. Oft empfiehlt sich eine Kombination verschiedener Bausteine. Unter dem Strich entscheidet immer die individuelle Situation jeder Person über den optimalen Weg.

Ist der Betroffene allerdings bei der Firma angestellt, stehen Möglichkeiten der staatlich geförderten betrieblichen Altersversorgung offen.

Dabei wird mit den Mitteln des Unternehmens eine insolvenzgeschützte private Altersversorgung aufgebaut, und der Staat fördert dies durch Steuer- und Sozialabgabenverzicht. So können auch hohe Einkommen steuerlich gefördert abgesichert werden. Die betriebliche Altersversorgung darf bis zu 75 Prozent der Jahresbezüge am Bilanzstichtag betragen, um steuerlich anerkannt zu werden.

Über eine „Direktversicherung“ können bis zu acht Prozent der aktuellen Beitragsbemessungsgrenze steuerfrei und bis zu vier Prozent dieser Grenze sozialversicherungsfrei eingezahlt werden. In diesem Rahmen kann auch eine



Kay Mohr von der Gothaer Versicherung empfiehlt, sich rechtzeitig über eine Absicherung im Alter Gedanken zu machen.
Foto: Gothaer

Berufsunfähigkeit kostengünstig abgesichert werden.

Über den Weg „Unterstützungskasse“ können sogar unbegrenzt lohnsteuerfrei Beiträge abgeführt werden. Beide Verfahren berühren die Bilanz nicht und können kombiniert und im Zusammenspiel optimiert werden.

Wichtig ist am Ende, sich rechtzeitig Gedanken zu machen, damit der Ruhestand keinen Einbruch im Lebensstandard mit sich bringt.

KALDOX SETZT AUF BILLBROOK

Die Kaldox-Gruppe, größte Grundstückseignerin in der Billstraße, setzt ihre Investitionen fort, um den Industriestandort nachhaltig zu revitalisieren.

Im vergangenen Dezember erwarb das Family Office das 185.000 Quadratmeter große Logistikportfolio „The Billbrook“, zu dem etwa der Böttcherhof 2, der Böttcherhof 2a sowie Hamburgs Pkw-Verwahrstelle in der Halskestraße gehören. Die Geschäftsleitung von Kaldox betont, dass Billbrook weiterhin nachhaltige Konzepte benötigt, um die volle Wertschöpfung aus diesem Industriestandort zu generieren.

Bei der Revitalisierung der Billstraße engagiert sich ebenfalls Kaldox aktiv und erklärt seine volle Kooperationsbereitschaft bei der Umsetzung neuer Konzepte.



Die Kaldox-Gruppe ist einer der führenden Asset-Manager im Immobilien-segment der Gewerbe- und Industriegebiete im Hamburger Osten – spezialisiert auf Ankauf, Verwaltung und zukunftsorientierte Entwicklung von Gewerbeimmobilien im Eigenbestand. www.kaldox.de